

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

monatlich	... Ko 16.-
vierteljährlich	... 48.-
halbjährlich	... 90.-
jährlich	... 102.-

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
zahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

## Unsere Forderungen an die Regierung.

### Gemeinsame Entschliessung der leitenden Instanzen der Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften.

Eine gemeinsame Sitzung der deutschen sozialdemokratischen Vertretung und des parlamentarischen Ausschusses mit der Repräsentanz der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, am Donnerstag nachmittags begann bis tief in die Nacht hinein dauerte, befahte sich eingehend mit der herrschenden Wirtschaftslage und mit den legislativen sowie administrativen Aufgaben, die daraus der Regierung erwachsen. Die Forderungen der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften in dieser Richtung wurden in der nachstehenden Entschliessung zusammengefasst:

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterklasse verfolgt mit wachsender Besorgnis die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, welche steigende Arbeitslosigkeit und damit vermehrtes Elend der Arbeiterklasse im Gefolge hat. Angesichts des niedrigen Lebenshaltungsniveaus der tschechoslowakischen Arbeiterklasse erfordert diese Entwicklung

das rascheste Eingreifen der staatlichen Fürsorge, in erster Linie eine wesentliche Ausgestaltung und Verbesserung der Vorkehrungen zur Unterstützung der Arbeitslosen.

Die Gewerkschaften und die Partei erblicken den zweckmäßigsten Schutz der arbeitenden Menschen gegen Arbeitslosigkeit in einer

#### Pflichtversicherung.

die alle im Arbeitsverhältnis stehenden Personen umfasst und die mit einer obligatorischen Arbeitsvermittlung organisch verbunden sein muss. In Würdigung des Umstandes, dass eine solche Versicherung umfangreiche legislative Vorarbeiten erfordert und überdies in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit nicht aktiviert werden kann, fordert die Partei zunächst eine

sofortige Reform des Steuer Systems durch Verlängerung der Unterstützungsdauer, Erhöhung des Staatsbeitrages und Vorkehrungen für den Fall außerordentlicher Arbeitslosigkeit.

Sie fordert ferner die ehefte Gesetzgebung des längst vorbereiteten Entwurfes über die obligatorische Arbeitsvermittlung, eine staatliche Kontrolle über die Betriebsstilllegungen und -einschränkungen, Ausbau der Gewerbeinspektion und Ausstattung der Gewerbeinspektoren mit der entsprechenden Machtvollkommenheit.

Die Arbeitslosigkeit darf aber nicht allein durch Unterstützungsmassnahmen bekämpft werden, vielmehr ist es notwendig, ihr vor allem durch

Schaffung ausreichender Arbeitsmöglichkeiten entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke fordert die Partei die sofortige Verwirklichung des von der Regierung in ihrer programmatischen Erklärung angekündigten Investitionsprogramms und in erster Linie die

rascheste Vergebung der im Staatsvoranschlag bereits vorgesehenen Investitionen.

Darüber hinaus erblickt die Partei die wirksamste Methode der Arbeitsbeschaffung in einer

#### großen Wohnbauaktion,

für welche staatliche Mittel bereitgestellt werden müssen. Durch diese Art der produktiven Arbeitslosenfürsorge würde zugleich die

Beschaffung billiger Wohnungen für die arbeitenden Menschen

ermöglicht werden. Die Partei sieht es als selbstverständlich an,

dass in einer Zeit der verschlechterten Lebenshaltung der Arbeiterklasse an einen Abbau des Mieterschutzgesetzes weniger als je gedacht werden kann.

Als weitere sozialpolitische Forderungen, deren ehefte Verwirklichung notwendig ist, betrachten wir die Novellierung des § 82 der Gewerbeordnung, die Verbesserung der Vorschriften über die Kinderarbeit, die Wiedereinführung der Doppelfeiertage und die Schaffung eines modernen Angestelltenrechtes.

Aber auch jene Schichten, die infolge von Krankheit, Unfall, Alter oder Invalidität vorübergehend, aber dauernd aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen sind, bedürfen einer erhöhten Fürsorge. Daher fordert die Partei eine

#### Novellierung der Sozialversicherung

in materieller und organisatorischer Beziehung, aber auch hinsichtlich des Personenkreises, den sie umfasst. Ebenso muss die seit langem notwendige

#### Reform der Unfallversicherung

in Angriff genommen werden. Der gegenwärtige Zustand, dass alle Sozialversicherungsanstalten von erkrankten Organen verwaltet werden, ist unhaltbar.

Es müssen daher in allen Instituten, in welchen die Vorbedingungen gegeben sind, mit tünlicher Beschleunigung die Wahlen durchgeführt werden.

Die Partei verlangt ferner eine Verbesserung des Gesetzes über die staatliche Altersunterstützung, eine Ausgestaltung der Altersbeschäftigtenfürsorge und die Gleichstellung der Rentenempfänger.

Aber auch die aktiven Staatsangestellten, ebenso wie die Angestellten und Arbeiter in den Staatsbetrieben fordern mit Recht eine Verbesserung ihrer materiellen und rechtlichen Stellung und werden in diesen Forderungen die volle Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie finden. Die Partei verlangt, dass die Aufgabe der Regierungserklärung, wonach im öffentlichen Dienste keine Benachteiligung aus nationalen Gründen stattfinden darf, in vollem Umfange respektiert werde.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei stellt neuerlich fest, dass das Gesetz über die Neuordnung der Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungsorgane die Autonomie der Gemeinden, Bezirke und Länder in unerträglicher Weise einschränkt, die Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaft gefährdet und es ihnen vor allem unmöglich macht, ihre sozialen und kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig aber sind als zwangsläufige Auswirkung dieses Gesetzes gerade die sozial drückendsten Gemeindeforderungen wesentlich erhöht worden. Die Partei fordert daher, dass die nunmehr von allen Seiten als notwendig anerkannte

Novellierung dieses Gesetzes im Sinne einer besseren Dotierung der Selbstverwaltung und der Wiederherstellung der Freiheit ihrer finanziellen Gekbarung unter gleichzeitiger Bedachtnahme auf die Tragfähigkeit der sozial schwachen Bevölkerungsschichten

eheft in Angriff genommen wird. Ebenso ist es notwendig, dass bei der Durchführung der Wäl-

derreform auf die Bedürfnisse der Selbstverwaltungskörper entsprechend Rücksicht genommen werde.

Die Partei hält aber auch eine durchgreifende Reform der staatlichen Steuerpolitik in der Richtung einer Entlastung der breiten Massen für unerlässlich notwendig.

Indem wir die Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten als dringlichste Aufgabe in den Vordergrund stellen, verschließen wir uns keineswegs der Notwendigkeit,

dem in letzter Zeit eingetretenen Notstand eines Teils der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch entsprechende Massnahmen abzu-

helfen. Es geschieht dies in Erkenntnis der Rückwirkungen einer Agrarreise auf die gesamte Volkswirtschaft, vor allem aber in Würdigung der schweren Existenzbedingungen der Kleinbauern. Die Partei erklärt aber,

dass sie die Erhöhung von Lebensmittelpreisen, welche eine weitere Vertenerung der Lebenshaltungskosten nach sich ziehen würde, als vollkommen ungeeignetes Mittel ansieht,

weil die Untergrabung der Kaufkraft der breiten Massen die Abwärtsreise verschärfen und die Verschärfung der handelspolitischen Situation der Republik die Exportindustrie schwer gefährden müsste.

Die dringlichen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Regierung können nur erfüllt werden, wenn die öffentliche Verwaltung ökonomisiert wird. Die Partei verlangt daher die

Einschränkung aller überflüssigen Ausgaben, insbesondere für Repräsentationszwecke, und fordert mit allem Nachdruck, dass an eine

#### Herabsetzung des Militärbudgets

geschritten werde. Die versprochene Verkürzung der Dienstzeit muss eheftens verwirklicht werden.

Die parlamentarische Vertretung der Partei wird beauftragt, sich in den gesetzgebenden Körperschaften und innerhalb der Regierungsmehrheit für die Verwirklichung des hier entwickelten Programmes mit aller Entschiedenheit einzusetzen.

Zugleich aber ruft die Partei alle Angehörigen der deutschen Arbeiterklasse in diesem Lande auf, sich der Partei, den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen anzuschließen, in ihren Reihen zu arbeiten und zu kämpfen, um so den Einfluss der Arbeiterbewegung zu stärken, ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen und den Kampf um ihre Verwirklichung erfolgreich zu gestalten.

## Militärstaat oder Sozialstaat?

Zum Unterschiede von Österreich, wo der Kriegs- und der Landesverteidigungsminister Militärs waren, sind bei uns die Minister für nationale Verteidigung mit Ausnahme der Beamtenregierungen noch stets Zivilisten gewesen, durchwegs sogar ehemalige Antimilitaristen. Wie sich längst schon herausgestellt hat, war ihre Militärgegnerschaft nur eine zeitlich begrenzte; seit der Begründung des tschechischen Militarismus ist bei ihnen durchwegs eine Wandlung zum Gegenteil eingetreten. So oft einer von ihnen den Mund aufstap und man die Augen schloß, glaubte man einen der alten Kommissäre von österreichischen Generälen von anno dazumal zu hören, und so ist es bis heute geblieben. So nun der Minister für nationale Verteidigung Udrzal oder Biskovsky heißt, immer werden von seinen Lippen nur Worte kommen, wie sie die heutigen Militärgewaltigen gerne hören, Worte, die jeden Pazifismus und Defaitismus verwerfen, den Militarismus verherrlichen, an die Ehre und den Stolz der „Nation“ — wo bleiben die Millionen nichtschickseligen Staatsbürger? — appellieren und das Ziel verfolgen, der Forderung nach einer Einschränkung des Rüstungsstandes schier unübersteigbare Schwierigkeiten entgegenzustellen.

Ja, wir sind ein Militärstaat geworden, relativ einer der größten! Anfangs, als die Erinnerung an den Antimilitarismus im tschechischen Volke noch lebendig war, leugnete man dies und der Militarismus trat mit einer gewissen Furchtbarkeit auf. Die Militärausgaben stiegen von Jahr zu Jahr zu ihrer heutigen schwindelnden Höhe und kein Ressort der Staatsverwaltung durfte sich überdies so große Ueberschreitungen seiner budgetierten Posten erlauben, wie jenes der Militärverwaltung. Nie erschien es aber den Schützern unserer angeblich so bedrohten Sicherheit schon genug. Auch in der Rede, die der gegenwärtige Minister für nationale Verteidigung, Herr Biskovsky, im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses am Freitag gehalten hat, wird, wenn auch indirekt, für eine Erhöhung der Militärausgaben plädiert. Herr Biskovsky sprach über die Frage der militärischen Dienstzeitverkürzung, die für ihn noch immer nur einen rein akademischen Charakter hat und er hat zu den angeblich bestehenden Hindernissen noch einige neue hinzugefügt. Früher fehlte — man kann für dieses „Fehlen“ leicht manches tun! — nur die genügende Zahl von längerdienenden Unteroffizieren, jetzt kommt als Voraussetzung noch hinzu, daß der Wehrdienst vorher abgehandelt werden muß, die bei verschiedenen handwerksmäßigen Berichtigungen beschäftigten Soldaten durch Zivilisten ersetzt werden müssen, auch sei die vorherige Durchführung der Rationalisierung der militärischen Administration erforderlich. Schließlich sei mit der Verkürzung der militärischen Dienstzeit die körperliche Ausbildung der Jugend „enge verknüpft“. Alles dies werde erhebliche Mehrkosten erfordern und diese erhöhten Kosten würden „für eine Uebergangszeit“ der Militärverwaltung bewilligt werden müssen. Was denn sonst noch alles? Man kann darauf wetten, daß noch eine Reihe anderer Hemmnisse am Horizonte aufstehen werden. Es wäre weit aufrichtiger, zu erklären, daß in absehbarer Zeit, wenn man nicht dazu gezwungen werden wird, an eine Herabsetzung des Rüstungsstandes, noch weniger aber an eine Verminderung der Militärausgaben nicht gedacht wird. Bei der Erfüllung sozialer und auch der nicht tschechischen Nationen betreffenden kulturellen Aufgaben des Staates wird mit jeder Krone gekümmert, für den Militarismus erschien und erscheint auch jetzt noch keine Aufgabe hoch genug.

Aber nicht nur in materieller Hinsicht wird der Militarismus verhäßelt, es wird auch ein Kriegsgestalt künstlich aufzuzü-

## Irregeführt und verlassen.

### Die Glasmachertragödie von Bleistadt und Unterreichenau.

Falkenau, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Unbekümmert um die Wirklichkeit, suchen die Kommunisten durch verlogene Berichte in ihren Zeitungen in der Leffentlichkeit die Meinung wachzurufen, daß der Streik der Glasarbeiter unvermindert andauere, und es wird sogar davon gesprochen, daß die Kampfstimmung der Streikenden ungebrochen sei. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß von einem Streik keine Rede mehr sein kann. Es gibt keine Führung, keine Streikposten und niemand hindert die Leute davon, sich bedingungslos zur Arbeit zu melden. In Bleistadt haben sich 1200 Personen zur Arbeitsaufnahme gemeldet und wenn die vollständige Niederlage des verbrecherischen vom Bau gebrochenen Kampfes heute noch nicht offenkundig sichtbar wird, so nur deshalb, weil bei Streikbeginn über Geheiß der Kommunisten die Dusen ausgelöst wurden und der Betrieb einfach nicht in Gang gesetzt werden kann. Von denen, die bereit sind, sofort und ohne jede Weisung die Arbeit aufzunehmen, sind mehr als die Hälfte Kommunisten, unter ihnen auch ein kommunistisches Mitglied des bisherigen Betriebsausschusses. Die Zahl der Gemeindeten ist größer als der Bedarf an

Arbeitskräften. Da die Auswahl der Firma obliegt, hat sie es natürlich in der Hand, mißliebige Arbeiter aus dem Betrieb fernzuhalten. In Unterreichenau arbeiten gegenwärtig 105 Personen, 280 haben sich zur Aufnahme gemeldet. Auch hier sind es wiederum zumeist Kommunisten, die den Anschlag nicht versäumen wollen und von ihnen wiederum solche, die in der Bewegung die erste Rolle spielen.

Der nunwillig arrangierte Streik der Glasmacher ist elend zusammengebrochen. Das Debacle der Kommunisten ist größer als bei früheren derartigen Unternehmungen und die irregeführten Meldungen der Kommunistenpresse über die Fortdauer des Ausstandes dienen nur dazu, die entsetzliche Niederlage zu verschleiern, die in kurzer Zeit ganz offenkundig wird. Auch die Behauptung, daß die „Sozialfaschisten“ den Streikenden in den Rücken fallen wollen, soll nur dazu dienen, die Verantwortung auf andere zu schieben. In beiden Betrieben bilden die freigewerkschaftlichen Organisationen die Führung vollständig überließ. Die freigewerkschaftlich Organisierten haben sich erst dann zur Arbeit gemeldet, als vor ihnen bereits hunderte Kommunisten ihren eigenen Kampf im Stich gelassen hatten. Die Suche nach „sozialfaschistischen“ Streikbrechern muß demnach ergebnislos bleiben.

ten gesucht, der vordem von den abgetakelten Antimilitaristen als ein ausschließliches Stigma der germanischen Rasse und als ein Symptom der wilhelminischen Zeitepoche ausgegeben wurde. So hat der Ministerpräsident Udrzal, der sich noch immer mehr als Minister für nationale Verteidigung denn als Ministerpräsident fühlt, im „Venkov“ einen grobhaufgemachten Artikel veröffentlicht, der nicht anders von einem aus der Kriegszeit her berichtigten Verherrlicher des „Heldentodes“ hätte geschrieben werden können. Ein von der Friedensgesellschaft eingeleitete Aktion war es, die das Blut des ehemaligen Proviantschiffers in kriegerische Wallung brachte und ihn hieß, die Aktion als eine „indische“ zu bezeichnen. Die Aktion richtete sich gegen die Kriegsspiel-Weihnachtsgeschenke an Kinder und Herr Udrzal entflammte bei dem bloßen Gedanken daran, daß den Kindern durch richtige Auswahl des Weihnachtsspiels die Achtung vor der Heiligkeit des Menschenlebens bewahrt werden soll. Er rät in dem Artikel, nicht in „Extrem“ zu verfallen, (er meint natürlich nur das pazifistische Extrem, bezüglich des militaristischen ist er wohl bereit, ihm Tür und Tor zu öffnen), nicht in der Nation die Ueberzeugung zu erschlagen, daß die Armee „unser Stolz“ ist, daß der Militärdienst „eine Ehre“ ist und daß wir, solange von einer Achtung des Krieges nur gesprochen wird, nicht nur gerüstet sein, sondern auch die Generationen erziehen müssen zur Opferwilligkeit für die Nation und für die Freiheit. Noch nie haben die Vererber für das Massengrab in früheren Zeiten anders gesprochen, wie dieser Herr Udrzal, stets betrieben sie die Rüstungen nur aus lauterster Liebe zur Nation, zum Vaterlande und zur Freiheit, an die Profite der Rüstungsindustrie dachten sie niemals. Stets waren die Kriege, haben wie drüben, Verteidigungskriege, nie gab es noch Staatsmänner, die um des Krieges willen rüsteten, dagegen ausschließlich solche, die von Friedensbetreibungen überflossen, bis, nun bis der Krieg da war und zehn Millionen daran glauben mußten. Und Herr Udrzal fährt fort:

„Wir brauchen eine starke Armee, die gut ausgerüstet, verlässlich, opferwillig (!) und stets bereit sein muß. Die Stärke der Armee liegt nicht nur in ihrer zahlenmäßigen Stärke und in den Waffen, sondern in ihrem inneren Wert, in ihrem Geist. Erziehen wir die Jugend schon in den Schulen zum Pazifismus, dann wird unsere Armee aus philosophierenden Phantasten bestehen und nicht zu dem verwendet werden können (!), wozu wir (wer ist das: wir?) die Armee brauchen: zum Schutz der Heimat. Erziehen wir die Nation zur Achtung des Krieges — und bis wir überfallen werden, werden wir uns überzeugen können, ob die bloßen Friedensgrundsätze unserer Staat und unsere Nation gegen die Disziplin und Opferwilligkeit unserer Feinde werden beschützen können. Und selbst eine gut ausgerüstete und abgerichtete Armee wäre nur ein Ballast, wenn die Nation den Gedanken nicht erfassen würde, daß die ganze Nation im Falle eines Angriffes seitens der Feinde eine einzige Armee sein muß, die ihre Opfer für den Schutz des Staates bringen muß. (Es steht nur zu befürchten, daß die

Wintermänner des kriegerischen „Venkov“ sich nicht in die allerersten Reihen drängen werden. Ann. d. Verf.) Zum nationalen Ehrgefühl gehört, nicht letzten Endes, auch der Gedanke für die Wehrhaftigkeit der Nation. (Wer also nicht für alle Rüstungen ist, wird von Udrzal als ehrlos erklärt! Ann. d. Verf.) Diesen Gedanken würden wir in größerem Innern teilen, wenn wir der Welt zeigen würden, daß wir eine Nation mit Taubenatur (!) sind, der die Phrasen vom Pazifismus höher stehen, als die Freiheit der Nation und des Staates.“

Drum auf, zum frisch-fröhlichen Jagen, auf zum „Verteidigungskrieg“, weg mit den Taubenaturen! Machen wir den Krieg und den Heldentod populär, wie das auch im letzten Kriege geschah, an dessen Folgen die Menschen noch jahrzehntelang zu tragen haben werden! Wir brauchen eine starke Armee zum Schutze des Friedens und des Staates! Diese Phrasologie, die vor zehn Jahren eine Zeitlang niemand sich anzuwenden getraut hätte, darf nun schon wieder bei helllichem Tage und auf offenem Markte Propaganda treiben. Daß selbst die stärksten Armeen kein genügender Schutz sind, das beweist wohl zur Genüge das Schicksal Deutschlands und Oesterreichs im Kriege. So wie dieser Herr Udrzal hätte sich übrigens nicht einmal in Alt-Oesterreich einer der Generale zu reden getraut. Es will scheinen, als wäre bei den Säbelrasseleien am Wiener Ballhausplatz öfters mehr Vorsicht und Verantwortungsbewußtsein vorhanden gewesen, als bei manchen unserer Reumilitaristen. Es sei nicht geradezu behauptet, daß die Udrzals einen Krieg herbeiführen, es mag ihnen sogar um die Erhaltung des Friedens zu tun sein, aber was sie tun, ist ein Spielen mit dem Feuer, das dem Bündeln eines Kindes mit Streichhölzchen in bedrohlicher Nähe eines Pulverfasses gleicht. Eine zum Krieg gedrückte Nation verläßt sich nur allzu gerne auf die „Schärfe des Schwertes“ und leicht kann ein Augenblick eintreten, da sie sich „in ihrer Ehre beleidigt“ fühlt, denn der Grad der Empfindlichkeit der nationalen Ehre steigt progressiv mit der Steigerung der militärischen Rüstungen.

Jedenfalls zeigt ebenso Herrn Dr. Bischofsky's Exposee, wie auch Udrzals Kreuzzug zur Errettung des militärischen Kinderspielzeugs, daß auch in der herrschenden Bourgeoisie sich Wandlungen vollzogen haben, die für die Erhaltung des Friedens gefährlich sind und für die Abrüstungsfrage ein Hemmnis bilden. Der Staat soll nach ihrem Wunsche ein Militärstaat sein und bleiben. Demgegenüber muß der Friedenswille des sozialistischen Proletariats umso schärfer und leidenschaftlicher betont werden. Nicht Militärstaat, sondern Sozialstaat muß auch weiterhin seine Losung lauten. Dem Worte: „Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg!“ muß sinnvoll die andere Parole entgegengesetzt werden: „Wenn du den Frieden willst, rüste und führe den Klassenkampf!“ W. N.

### Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper und die unvollkommenen Halenkreuzler.

Ende 1921 wurde über Beschluß des Vorstandes des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper zwischen dem Verband und den Arbeitergewerkschaften ein Kollektivvertrag für die städtischen Gas- und Wasserwerke abgeschlossen. Da die einzelnen Gemeinden den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper als ihren Vertreter erklärten, war der Vertragsabschließende Teil in Vertretung der Gemeinden der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper, für den die Genossen Reigner und Böhl zeichneten, während für die Arbeiterchaft der Internationale Verband der chemischen Industrie, mit dem Eise in Aussen, und der Internationale Metallarbeiterverband, mit dem Eise in Komotau, für den die Genossen John und Pretsch zeichneten, als zweiter Vertragspartner auftraten. Dieser Kollektivvertrag ist, insbesondere soweit die Löhne in Frage kommen, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt und außerdem haben seit her eine Reihe Sondervertragsabmachungen stattgefunden.

Nun hat sich, wie wir gestern durch eine telephonische Anfrage in der Verbandskanzlei feststellten, die Stadtgemeinde Leitzen an den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper mit einer Zuschrift vom 18. Dezember 1929, gewendet, in der mitgeteilt wird, daß der mit dem Fabrikarbeiterverband abgeschlossene Kollektivvertrag durch diesen Verband gekündigt wurde. Bei den Vorerhebungen hat es sich nunmehr herausgestellt, daß bei den verschiedenen Gaswerken die verschiedensten Löhne gezahlt werden, die nicht allein in den verschiedenen Feuerungsverhältnissen begründet sind. Die Stadtgemeinde Leitzen teilt daher mit, daß sie selbst keinen Kollektivvertrag abschließen will und daher anregt, es möge der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper mit dem Fabrikarbeiterverband unmittelbar verhandeln und einen Kollektivvertrag feststellen, der dann von allen Verbandsmitgliedern angenommen werden könnte. Dadurch käme, nach Ansicht der Stadtgemeinde Leitzen, eine gewisse Gleichmäßigkeit in die Regelung der Arbeitsverhältnisse bei allen städtischen Gasanstalten, was auch für die städtischen Elektrizitätswerke gilt.

Diese Zuschrift nahm nun die Kanzlei des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper zum Anlaß, an die Gemeinden, welche Elektrizitätswerke und Gasanstalten besitzen, eine Anfrage (datiert vom 11. Jänner 1930, Bl. 3700/3.) zu richten, ob diejenigen Gemeinden, welche entweder gemeindliche Gas- oder Elektrizitätswerke, oder beides besitzen, die Anregung nach Erneuerung des Kollektivvertrages billigen oder nicht. Schließlich werden die betreffenden Stadträte ersucht, einen Beschluß darüber zu fassen, ob gewünscht wird, daß der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper im Sinne des Zustandekommens eines solchen Kollektivvertrages tätig wird. Im „Tag“ vom 23. Esmond erschien nun ein Artikel in auffälligstem Druck mit dem Titel: „Der Verband der Selbstverwaltungskörper unter sozialdemokratischer Flagge. Eine unerhörte Bräufierung der völkischen Gewerkschaften durch den Verband.“, in dem Behauptungen aufgestellt werden, die keine Grundlage haben.

Vor allem muß festgestellt werden, daß weder das Verbandspräsidium, noch der Ver-

### Bauernunruhen in Rußland.

Paris, 25. Jänner. Die Blätter melden aus Moskau, daß in Aserbeidschan ernste Bauernunruhen ausgebrochen seien. Die Bauern einiger Dörfer hätten sich erhoben und fünf Sowjetbeamte getötet und eine Anzahl verwundet.

bandsvorstand vor Versendung der Anfrage an die Gemeinden durch die Verbandskanzlei hiezu Stellung nahmen, oder einen Beschluß faßten, ja daß diese beiden Körperschaften weder von der Zuschrift der Mitgliedsgemeinde Leitzen, noch vom Rundschreiben an die Verbandskanzlei Kenntnis haben. Es ist also eine sehr lächerliche Behauptung, wenn in dem Artikel von einer „sozialdemokratischen Einstellung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper“ gesprochen wird, welche die „Monopolstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften zum Abschluß von Kollektivverträgen, wie in den Jahren des roten Terrors in den Gemeinden wieder aufrecht“. Dann werden natürlich gegen diesen „Mißbrauch des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper (die Halenkreuzler sind dem Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper noch nicht einmal auf den Namen gekommen) zu Aktionen, die ganz einseitig nur im Interesse der sozialdemokratischen Gewerkschaften liegen“, protestiert und verlangt, daß den sozialdemokratischen Vertretern und ihren Drahtziehern im Verband „eindeutig gesagt wird, daß die Tage des roten Terrors vorbei sind“. Und weil die Halenkreuzler bei jeder Gelegenheit den Mund sehr voll nehmen, machen sie es auch in diesem Falle und behaupten, daß die Vertreter der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Verband wiederholt Gelegenheit hatten festzustellen, daß die parteipolitische Neutralität des Verbandes sehr viel zu wünschen übrig läßt. Damit im Zusammenhang steht wohl auch die Frage des „Tag“, ob die Leitung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper darauf hinarbeitet, den überparteilichen Charakter des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper zu zerstören?

Es ist jetzt nicht unsere Aufgabe zu erörtern, wie es mit der Feststellung der mangelnden parteipolitischen Neutralität durch die Vertreter der Halenkreuzler eigentlich bestellt ist. Den einzelnen im Verband vertretenen Parteien, resp. deren Vertretern ist das ja ganz genau bekannt. Wir haben auch keine Ursache, die Halenkreuzler daran zu hindern, daß sie sich immer wieder blamieren. Wenn sie noch nicht wissen oder wissen wollen, daß die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen eine Angelegenheit ist, über die die Arbeiterchaft jedes Betriebes und nicht der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper zu entscheiden hat, so werden sie eben noch zu dieser Wissenschaft gebracht werden müssen und in dieser Richtung werden besonders jene Fälle Klarheit schaffen, wo die Halenkreuzler Hand in Hand mit den Unternehmern die andersgeleitete Arbeiterchaft terrorisieren. Wenn aber die Halenkreuzler der Meinung sind, daß sich der Verband oder die in seinem Vorstand vertretenen Parteien ständig verdächtigen und beschimpfen lassen müssen, werden sie sich irren. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien im Verband ist eine Angelegenheit, die alle zu beachten haben und gerade deshalb ist anzunehmen, daß der Anruf der nationalsozialistischen Parteien zur Unterstützung der intransigenten Haltung der Halenkreuzler unerhört bleibt. Bleiben wird in diesem Falle nur die Blamage und in dieser Richtung ist das Konto bei den Halenkreuzlern ja ziemlich stark angewachsen. —Jl.

## Ich oder — Ich?

Roman von Herman Hagedorn.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

„Ich glaube ja nicht, daß die Sache die Polizei was angeht, aber wenn Sie unnützes Geschrei machen, will ich Ihnen noch einmal die Sterne des Himmels auf der Erde zeigen...!“ sagte Westmann.

„Es gibt dunkle Nächte!“ knurrte der Expresler, aber er wartete auf die Antwort Paul Westmanns nicht mehr.

Als Larry und Johann gegangen waren und draußen vor Staunen noch immer keine Worte fanden, die ihnen gewaltig genug erschienen wären, um diesen Kampf des Konsuls genügend zu würdigen, ging Paul Westmann, schmunzelnd im Zimmer auf und ab.

Er hatte auf Minuten ganz seine Sorgen vergessen.

„Es müßte doch schön sein, eine Zeitlang einen anderen Penno Kram der Welt zu zeigen und...“

Paul Westmann kam mit keinen Gedanken nicht zu Ende: er sah mit Entsetzen zwei Schutzleute, die den Niedrigweg des Parkes auf das Palais zu kamen...

Er sah den sechsährigen Bebley. Daneben ein goldenes Etui mit Zigaretten.

Westmann zögerte sekundenlang. Dann griff seine Hand in das Schubfach...

„Wir stören?“ Die beiden Uniformen standen vor Westmann.

War Hohn in ihrer Stimme?

„Wir stören?“

Westmann fluchte innerlich, aber er war schon wieder nach außen hin beherrscht.

Er antwortete ruhig:

„Stören?... nicht darin, mit einer Zigarette anzuzünden!“

Westmann lächelte und griff definitiv an der Waffe vorbei: zum Zigarettenetui.

Dann schlug er mit einem Stoß das Schubfach zurück. Er fühlte die Kraft seiner Faust. Das beruhigte ihn. Schließlich waren seine geübten Hände auch Waffen.

Westmann zündete sich eine Zigarette an, schob gönnerhaft das goldene Etui den Beamten hin. Die befragten sich mit einem Blick, dann lebten sie dankend ab.

Auf Westmanns Stirn erschien eine leise Falte. Er sah, daß die Tür spaltweise geöffnet wurde. Er sah Larrys breites, wütendes Gesicht eine Sekunde in dem Türspalt. Er sah auch, daß Larry in der Faust einen Revolver trug. Dann schloß sich die Tür wieder schnell und lautlos.

Westmann verstand!

Larry würde für seinen Herrn jeden Kampf wagen.

Eigen Augenblick verwirrte das Westmann. Wie konnte jemand solche Gefahren für den Konsul Kram auf sich nehmen?

„Armer, dummer Larry!“ dachte er und hatte wirklich Angst, daß Larry sich eine böse Suppe einbroden könne.

„Larry!“ rief Westmann. Er wollte ihn mit einem Auftrag fortschicken. Aber Larry ließ nichts von sich hören. Trotzdem war Westmann davon überzeugt, daß er mit seinem Revolver noch

immer hinter der Tür lauere, um seinen Herrn zu verteidigen.

„Wir möchten einige Fragen an Sie richten!“ sagte der Beamte mit dem Achselstück des Inspektors.

„Bitte!“ Westmann ließ einige kunstvolle Ringe über den Schreibtisch entschweben.

„Der Ermordete...“ begann der zweite Beamte, aber plötzlich unterbrach er sich und biß sich auf die Lippen, denn ein warnender Blick des Inspektors hatte ihn getroffen.

„Es ist so...“ begann jetzt der Inspektor, „daß alles Leugnen nichts helfen wird!“

Die Lippen des Inspektors waren hart und brutal. Seine Hand lag am Revolver und Westmann hatte das Gefühl, daß diese Hand eventuell sehr schnell sein könne.

„Nein!“ sagte Westmann heiser.

Er hatte wirklich keine Zweifel daran, daß alles Leugnen zwecklos sein würde.

Er machte einige durstige Züge aus seiner Zigarette.

„Vielleicht sind es die letzten Züge!“ dachte er bitter.

„Es freut uns, daß Sie eine gute Meinung von uns haben!“ sagte der Inspektor, und Westmann knirschte leise mit den Zähnen ob dieses Hohnes.

Wieder öffnete sich leise der Spalt in der Tür hinter den Beamten. Westmann wußte, daß Larry jetzt auf einen Befehl wartete. Aber er gab den Befehl nicht. Er krampfte die Hände zusammen und berechnete ob seine Ainnhaben schnell genug kommen könnten, um das Fischen der Dienstwaffen der Beamten zu verhindern.

Aber da griff der Beamte auch schon in seine Tasche.

Die Muskeln Westmanns spannten sich. Die Faust wurde ihm hart wie ein Stück Eisen.

Aber dann entspannte sich jäh seine Faust, als der Beamte wieder Rechte noch Revolver hervorzog, sondern ein Bild.

Der Beamte reichte es Westmann.

Es war die Photographie Westmanns aus dem Justizhause.

„Ausgespielt!“ sagte der Inspektor.

„Das bin... ich!“ sagte Westmann rauh. Er fühlte die Sprödigkeit seiner Kehle schmerzhaft und verfluchte den Lebensunger, der jetzt wilder und heißer in ihm brannte, als in all den letzten zehn Jahren.

„In der Kollibri-Bar...“ wollte der Inspektor beginnen. Aber Westmann machte eine abwehrende Bewegung mit der Hand.

„Einerte! Das Spiel ist aus! Fesseln Sie mich, ehe ich eine Dummheit mache...“ Er hielt den Beamten die Hände hin. Er biß die Zähne in die Lippen, daß er das süße Blut spürte. In seinen Ohren rauschten wilde Stürme und durch keine Muskeln liefen fast Krämpfe... Diese Krämpfe wollten... kämpfen...

Dann aber traf ihn ein wahnsinniges Gelächter und riß Westmanns Augen, die er sekundenlang geschlossen hatte, auf.

Westmann sah in die Gesichter der beiden Beamten. Sie waren vor Lachen verzerrt:

„Großartig, Herr Konsul!“

„Sie sind ein großer Schauspieler!“

„Was soll dieser Hohn?“ fragte Westmann bitter. Er begriff nicht, warum die Beamten ihn in dieser Weise verhöhnten.

Aber ganz plötzlich erkannte Westmann zu seinem noch größeren Entsetzen, daß diese Beamten ihn nicht verhöhnten, sondern daß ihr Lachen echt war.

„Nein, so wie Sie hat es dieser verd... Paul Westmann nicht gemacht.“ sagte der Inspektor und wuschte sich die Lachtränen aus den Augen. „... er hat etelhaft mit den Füssen gestochen, er hat gebissen und gekragt wie eine Krake. Es war eine häßliche Szene, bis wir ihn die Schellen um die Gelenke legen konnten. Nachdem er geheult und gewinselt wie ein kleines Kind.

(Fortsetzung folgt.)

8. Kapitel.

Ein Revolver ist sehr nützlich.

Johann erschien in der Tür.

Ein Schatten des Johannis vom Abend vorher... ein blasser, bleicher, zitternder Schatten.

„Die Polizei, Herr Konsul!“

Paul Westmann erhob sich vom Zettel. Nicht ganz so blaß wie der Diener. Dann riß er eine Schublade auf.

**Fünf Minuten**

kommunistische Weltrevolution.

Der Erfolg der kommunistischen Arbeit...  
...erfennen läßt, gewaltig, und es wäre  
...wollten wir uns Tatkraft, wie sie dieses  
...macht, verschließen. Da steht es fest und  
...groß!

**„Politischer Proteststreik in Mähr.-Ostrau“**  
...sind die zehntausende Ostreuer Gruben-  
...arbeiter für die kommunistischen Forderungen in  
...den Streik getreten?

Wollen sehen; lesen wir, was unter dem  
Titel steht:

„Die Unter-Reichenaauer Ereignisse haben unter  
der Arbeiterchaft ...“

also doch?

im Metallbetrieb Ostra in Mähr.-Ostrau  
eine große Empörung hervorgerufen, welche  
zu einem politischen Proteststreik führte.“

Ach so! Der politische Proteststreik Mähr.-  
Ostrau war nur ein Streik eines Hänf-  
leins Arbeiter in einem einzigen, über-  
...hast unbekanntem Unternehmen! Man muß  
...eben richtig zu lesen verstehen! Wenn der „Vor-  
...wärts“ im Titel ausruft:

„Die Arbeiter von Mähr.-Ostrau protestieren!“

so heißt das eben, daß dreißig oder zweihundert  
...der achtzig Mann protestiert haben. Aber immer-  
...hin, sie haben protestiert, haben gestreikt.  
...Und es will allerhand besagen, daß es noch heute  
...Arbeiter gibt, die für die Kommunisten die Ar-  
...beit niederlegen.

Wie war denn der Streik?

Lesen wir weiter:

„Während der Mittagspause hat  
...die gesamte Belegschaft eine spontane Versamm-  
...lung veranstaltet, auf welcher der Vertreter der  
...kommunistischen Partei über die Schieferung in  
...Unter-Reichenaau Bericht erstattete. Die Arbeiter-  
...schaft hat beschlossen, bei Arbeitsbeginn  
...einen fünf Minuten andauernden Proteststreik  
...durchzuführen. Als um 1 Uhr die Arbeit wieder  
...aufgenommen werden sollte, sind die Maschinen-  
...fergelaufen und der Proteststreik wurde ge-  
...schlossen von allen Arbeitern durchgeführt.“

Also wenn der „Vorwärts“ schreibt, daß die  
...Arbeiter von Ostrau in einen Proteststreik ge-  
...treten sind, so heißt das — man möge sich das  
...merken — daß irgendwo in einem Betrieb  
...Ostrau ein paar Duzend Arbeiter  
...stark um 1 Uhr erst um 1 Uhr fünf  
...Minuten die zweite Schicht ange-  
...treten haben — womit der „Vorwärts“ und  
...die KPD hoch zufrieden ist.

Man beachte den Weg: Weltrevolution so-  
...fort — Weltrevolution so bald wie möglich —  
...Generalstreik aller Orten bis zum Sieg aller  
...Forderungen — eintägiger Generalstreik — zwei-  
...tägiger Generalstreik — einständiger General-  
...streik — halbtägiger Streik — Fünfminuten-  
...streik bei der Ora in Mähr.-Ostrau.

Jetzt warten wir noch auf den Ein-  
...minutenstreik.

**Feurige Revolution.**

Wen Titel und Text über Doppelpalten-Seite  
...berichtet der „Vorwärts“: „Im Feuer  
...des sozialist. Wettbewerbes“. Was ist  
...geschehen? Sind die kommunistischen Werber ins  
...Polizeifener geraten? Oder haben sie im schwe-  
...ren Kampf gegen überlegene Gegner ihr Meer  
...gewaltig vergrößert, Tausende neuer Mitglieder  
...und Zeitungsläser gewonnen? Ach nein! In  
...Saida vier Jugend-Vertriebsstellen, in Schlag  
...15 Jugendliche, in Theresienhal so viele,  
...daß der „Vorwärts“ sie gar nicht nennt, und gar  
...in Rumurg haben sie eine Jugendorganisa-  
...tion gegründet (schon?), der bereits — neun  
...Mitglieder angehören! Das nennt' ich mir ein  
...Feuer! Geradezu Schnellfeuer!

**Bedyné über uns.**

Wir haben bereits darüber berichtet,  
...daß der Stellvertreter des Ministerpräsi-  
...denten und Ernährungsminister Genossé  
...Bedyné im Klub der sozialdemokratischen  
...Abgeordneten und Senatoren ein Referat  
...über die politische Situation und die  
...landwirtschaftlichen Fragen gehalten hat.  
...Bedyné schreibt über die in unseren  
...Kreisen gewonnenen Eindrücke im „Právo  
...Lidu“ folgendes:

„Ich bekenne, daß ich aus der Beratung  
...starke Eindrücke fortgetragen habe. Ich  
...habe mit vollkommener Offenheit ohne jede  
...Diplomatie über die besten Fragen der Gegen-  
...wart gesprochen... Drei Stunden dauerte die  
...Debatte. Ich habe in der ganzen Sitzung nicht  
...ein demagogisches oder dummes Schlagwort ge-  
...hört. Die deutschen Sozialdemokraten wissen,  
...daß sich Sozialität nicht durch Geschrei erzei-  
...gen läßt. Sie suchen den Kern der Sache und mit  
...diesem Kern beschäftigen sie sich mit einem  
...Ehrf, welcher jedem Volksvertreter Ehre macht.  
...Es ist eine Freude mit Leuten derartigen  
...Schlages zu reden. Ich bin nicht berufen, die  
...Vertreter der deutschen Arbeiterklasse zu klassi-  
...fizieren. Es sei mir jedoch erlaubt, meinen Ein-  
...druck mitzuteilen: Diese Parlamentsfraktion ist

**Aktuelle Wirtschaftsfragen.**

**Stellungnahme des Zentralrates der gemeinsamen Gewerkschaftszentrale des Odorové sdruzeni Cesko.slovenské!**

Der Zentralrat der gemeinsamen Gewerkschaftszentrale des Odorové sdruzeni Cesko.slovenské hat in der Sitzung vom 23. Jänner 1930 die Fragen des derzeitigen Wirtschaftslebens behandelt, insbesondere die Anträge auf Lösung der landwirtschaftlichen Krisis unterzogen und nahm folgende Erklärung an:

Der Zentralrat hält die landwirtschaftliche Krisis und die zu ihrer Lösung eingebrachten Anträge nur für einen Teil des ganzen Wirtschaftsproblems unserer Politik und Wirtschaftsplanes der nächstliegenden Zukunft. An der gezielten Entwicklung der Landwirtschaft, seiner rationellen Bewirtschaftung und Produktion hat nicht nur allein das landwirtschaftliche Proletariat ein Interesse, sondern auch die Arbeiterschaft aller übrigen Erzeugungsgruppen, ob sie nun physisch oder geistig tätig sind. Das gleiche Interesse haben sie aber auch an einer gesunden Lösung aller übrigen dringenden Wirtschaftsfragen, welche geeignet sind, die drohende Wirtschaftskrisis aufzuhalten, ob sie nun in der Textil-, Glas- oder anderen Industrie zum Durchbruch kommt.

Die wachsende Arbeitslosigkeit erfordert unumgänglich eine durchgreifende Belebung der Produktion sowie einer sozialen Fürsorge und Unterstützung der Arbeitslosen, insbesondere aber eines großzügigen Investitionsprogramms der öffentlichen Bewirtschaftung.

Wir halten dafür, daß ein wichtiges Mittel, wenn nicht eines der allerwichtigsten, die Stebung des einheimischen Konsums und der Kaufkraft der Bevölkerung dieses Landes selbst anzusehen ist. Die Anträge, welche die Lösung der Krisis verfolgen, können deshalb weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft verfolgen, sondern können einzig und allein nur zu der Stebung des Lebensstandards der breiten Konsumentenmassen führen. Die Gewerkschaften müßten sich mit voller Entschiedenheit gegen solche Anträge stellen, welche nur eine einseitige Lösung der wichtigen gemeinsamen Probleme anstreben würden. Insbesondere halten wir es auch für dringend notwendig gegen die Forderung einer einseitigen Lösung der dringenden Fragen der Baupolitik und müssen verlangen, daß die neuen Gesetze über die Bauaktivität und den Mieterschutz diese Probleme einheitlich und in Zusammenhang mit den an-

ein erster politischer Faktor, welcher gut weiß, welches seine Pflicht gegenüber dem deutschen Proletariat ist und dabei vollkommen richtig die Problematik des kollektiven Staatslebens sieht. Ich bin aus dem Klub der deutschen Sozialdemokraten erhoben und gestärkt weggegangen.

Noch von einer Sache möchte ich gerne sprechen. Davon, wie wir uns im sozialistischen Zusammenleben unsere Sprachenfrage geregelt haben. Der Minister der deutschen Sozialisten Dr. Ludwig Czoch spricht — selbstverständlich — im Ministerrat tschechisch wie es das Gesetz bestimmt. In den nichtamtlichen Beratungen spricht er auch, oft tschechisch, obzwar er manchmal mit dieser Sprache einen heroischen Kampf führt. Gut dem: Du achtest meine Sprache — und ich achte die Deine. Ich habe im Klub der deutschen Sozialdemokraten deutsch gesprochen, trotzdem sie mir einen Ueberseher anboten und obzwar ich manchmal mit der deutschen Sprache genau so heroisch kämpfen muß, wie Dr. Czoch mit der tschechischen. Kurz und gut, wir haben aus unseren Beziehungen die Frage des sprachlichen Prestiges ausgeschaltet, wir versuchen uns gegenseitig zu entsprechen und es geht glänzend. Wir finden die praktische Zweckmäßigkeit und finden sie. Wer von uns deutsch kann, spricht mit den Deutschen in ihrer Sprache. Wer von unseren Deutschen tschechisch kann, spricht mit uns auf unsere Art. Viele deutsche Genossen lernen eifrig unsere Sprache. Ich würde sehr wünschen, daß wir in dieser Hinsicht von ihnen lernen. Hier ist eine Aufgabe insbesondere für die arbeitende und studierende Jugend.“

Das desolatorische „Arbeitermandat“. Die Christlichsozialen sind bekanntlich eine „Volkspartei“. Man braucht nur die Liste ihres neuergewählten Parteivorstandes anzusehen, um zu erkennen, wie in dieser Volkspartei Einfluß und Machtgebiete verteilt sind. Da ist schon der erste Stellvertreter des Parteivorstandes ein Gutsbesitzer. Es gibt aber noch einen zweiten Gutsbesitzer im Parteivorstand, den ehemaligen Grafen Stolberg. Nicht weniger als sieben Geistliche verschiedener Grade gehören dem Parteivorstand der Christlichsozialen Volkspartei an. Dagegen kommt ganz am Ende der Liste: „Arbeitermandat: Sekr. Josef Kemner, Hoheneibel“. Unter 21 Mitgliedern der Reichsparteileitung sind 33 Prozent Pfaffen, 10 Prozent Großgrundbesitzer, aber nur einer, also nicht einmal 5 Prozent, Arbeitervertreter. Das Arbeitermandat hat obendrein ein Sekretär inne, der natürlich als Angestellter einer kirchlichen Parteigewerkschaft nicht unmittelbar proletarische, sondern zunächst auch die Interessen seiner Brotergeber vertreten wird. Wäre nicht das besondere „Arbeitermandat“, so könnte man immerhin annehmen, die Partei wolle als „Volkspartei“ keine ständischen Unterschiede machen, da sie ober unter 21 einen als Arbeitermandanten besonders deklariert, muß man doch

deren Fragen unseres Wirtschaftslebens behan-  
...deln und auf längere Zeit die Sicherheit in  
...diesen Belangen garantiert wird. Deshalb ist  
...eine einfache Befreiung des Mieterschutzes  
...ausgeschlossen

sowie auch eine Erhöhung der Miete ohne gleich-  
...zeitigen Ausgleich der Löhne und Gehälter aus-  
...geschlossen ist. Nur derjenige, der in die ernste  
...Behandlung dieser schweren Probleme einen  
...Wirrwarr hineintragen will, kann eine einseitige  
...Lösung der brennenden Fragen beantragen.

Der Gewerkschaftsrat nahm zugleich die Be-  
...richte aus den wirtschaftlichen und sozialpolitischen  
...Ausgüssen zur Kenntnis, welche eine  
...detaillierte Behandlung bestimmter Anträge und  
...Forderungen der Gewerkschaften beinhalten.

**Gegen das Vorgehen des Regierungsvertreters bei der Abstimmung auf der Genfer Konferenz.**

Der Zentralgewerkschaftsrat der gemeinsamen Gewerkschaftszentrale Odorové sdruzeni Cesko.slovenské nahm in seiner Sitzung am 23. Jänner 1930 den Bericht des Genossen Proxst über die in Genf abgehaltenen internationalen Beratungen über die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter entgegen. Scharfen Protest rief die Mitteilung hervor, daß der Vertreter der tschechoslowakischen Regierung auch gegen den Komvrontsch-antrag in der Frage der Regelung der Arbeitszeit, der von dem Vertreter der englischen Regierung vorgeschlagen wurde und auch gegen den weiteren Antrag des Bevollmächtigten der belarischen Regierung stimmte und so durch seine Abstimmung die Verwerfung dieses Antrages bewirkt hat. In dieser ablehnenden Stellungnahme war kein Grund vorhanden, da im tschechoslowakischen Bergbau die Arbeitszeit unverändert geblieben wäre. Es ist sicherlich nicht im wirtschaftlichen und um so weniger im sozialen Interesse gelegen, sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit in den übrigen Staaten zu stellen.

Der Gewerkschaftsrat erblickt in dieser Abstimmung ein offensichtlich unangenehmes Anzeichen an die Unternehmensekreise, die sich gegen die internationale Regelung stellen, selbst wenn sie dabei das wirtschaftliche Interesse des eigenen Staates bedrohen.

glauben, daß sie die anderen höchstens in be-  
...schränktem Maße als Vertreter von Arbeiter-  
...interessen ansieht. Es ist auch wenig wahr-  
...scheinlich, daß Gutsbesitzer und Prälaten Arbeiter-  
...interessen wahrnehmen werden. Die Sache der  
...christlichsozialen Arbeiterwähler und der immer  
...noch vorhandenen christlichen Gewerkschafter ist  
...also auf das eine hoffnungslose Arbeiterman-  
...dat gestellt. Diefem Verhältnis entsprechend  
...sicht ja auch die christlichsoziale Arbeiter-  
...politik aus!

Das Kuratorium der Journalistenversiche-  
...rung ernannt. Im letzten Ministerrat wurden  
...über Antrag des Fürstorgeministers 15 Mitglie-  
...der des Kuratoriums der Journalistenversiche-  
...rung ernannt. Dem Kuratorium gehört als  
...Vertreter der Journalisten u. a. Genosse Nie-  
...her an.

„Die revolutionäre Linie“. Daß die kommunistische Presse schimpft, beachtet längst kein  
...denkender Mensch mehr, daß sie lügt und ver-  
...leumdet, unterjert höchstens noch die Psyche,  
...daß sie an aryonischen Aporientenstolz  
...leidet, ist die Folge der „revolutionären Taktik“  
...der Vorkuratore. Daß sie mit der tschechischen  
...Presse fraterisiert, ist jedoch neu und wohl nur  
...auf die neue Bolschewisierungsalition, die im  
...Zugehören von politbüro anbelegten wurde,  
...zurückzuführen. In einem „stammenden“ Ar-  
...tikel des „Vorwärts“ vom 21. Jänner ist folgen-  
...des zu lesen: „Die Sozialdemokratie  
...hegt das Justizministerium auf die faschistische  
...und kommunistische Presse...“ Das ist natürlich  
...so wie vieles andere geirren, aber es fällt auf,  
...wie sich das Bolschewikenblatt schügend vor die  
...faschistische Presse stellt und sich mit ihr in eine  
...Linie begibt. Wenn die Behauptung des „Vor-  
...wärts“ wirklich wahr wäre und wenn schon das  
...edle Blatt die kommunistische — mit Respekt zu  
...sagen — „Presse“ in Schutz nehmen müßte, was  
...hätte sie für eine Ursache, auch die faschistische  
...Presse zu vereidigen? Item: Für gewöhnlich  
...beschimpft uns doch der „Vorwärts“ als die  
...„Verbündeten der Faschisten“, als „Sozialfaschi-  
...sten“ und nun auf einmal entzweit er sich dar-  
...über, daß wir „das Justizministerium auf die  
...faschistische Presse, also auf die Presse unserer  
...„Verbündeten“ hegen, zu deren Verteidigung  
...er ausrückt und sich so als Freund der  
...faschistischen Presse deklariert. Er strast also sich  
...selber und das ganze Politbüro ob unserer  
...Fascherei Lügen und stellt uns das Zeugnis  
...aus, daß wir recht gefällige Feinde des Fasis-  
...mus sind. Heiliger Stalin! Das dürfte nicht ge-  
...schehen, nicht das, daß der „Vorwärts“ seinen  
...Sympathien zum Faschismus so unerböhten Aus-  
...druck gibt, sondern daß ein „revolutionärer“  
...Redaktionsleitung in gräßlicher Ignoranz der  
...richtigen Linie und unter Verleugnung der  
...Theisen des x-ten Kongresses der Komintern die  
...„Sozialfaschisten“ als Heer gegen die faschistische  
...Presse bezeichnet. Reugierig sind wir nur, wie  
...sich das Bolschewikenblatt aus dieser argen  
...Schlamassel herauswinden wird.

**Kommunistische Wochenchau.**

Brünner Arbeiter, die in den letzten Jahren in Sowjetrußland beschäftigt waren, berichten in der oppositionellen kommunistischen „Kobnost“ über die elenden Löhne in Rußland, die nicht einmal zur Fristung einer jämmerlichen Existenz ausreichen, und über die absolute Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, die die sofortige Verhaftung zur Folge hat.

In der Vorwoche wurden in Bergdistrikten von der sowjetrußischen Justiz 13 Bauern hingerichtet. — In Leninograd wurden in der vergangenen Woche vier Monarchisten zum Tode verurteilt.

In Berlin sucht man nach einer großen Fälscherbande, die zu zehntausenden falsche Hundertdollarnoten in Umlauf brachte. Unter den Fälschergeldhändlern befindet sich ein gewisser Franz Fischer, der Chef des illegalen Nachrichtenendienstes der KPD, und später, bis Anfang 1929, Funktionär der kommunistischen Partei Sowjetrußlands war.

Der kommunistische Gemeindevorsteher von Kunau bei Freudenthal Steffel ist in Rußland verschwunden, vermutlich nach Sowjetrußland, nachdem er auf seine Bürovermeisterstelle versetzt hatte. Nach seinem Abgang wurde bei einer Revision der Gemeindefassa festgestellt, daß 40.000 Kronen fehlen.

**Die Lohnverhandlungen für das Falkenau-Karlsbader Revier.**

Revierkonferenzen am 2. Feber.

Prag, 25. Jänner. Amtlich wird gemeldet: Im Ministerium für öffentliche Arbeiten wurde am 21. und am 25. Jänner unter Vorsitz des Ministerialrates Ing. Dr. Theodor Rudi über die neue Lohnregelung für die Kohlengruben des Falkenau-Karlsbader Reviers beraten. In allen strittigen Fragen wurde eine bedeutende Annäherung beider Seiten erzielt. Die Vertreter der Angestellten behielten sich jedoch vor, ihre endgültige Stellungnahme nach Durchberatung der Angelegenheit in der nächsten Revierkonferenz, die am 2. Feber stattfindet, bekanntzugeben.

**Ein wichtiger Fragebogen.**

Die Kernpunkte der Stotienkonferenz angeknüpft.

Paris, 25. Jänner. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in London berichtet, daß der Generalsekretär der Seeabrüstungskonferenz gestern abends an die verschiedenen Delegationen ein Memorandum habe verteilen lassen, in dem sie aufgefordert würden, vor Montag auf einen sehr eingehenden Fragebogen zu antworten. Dieser Fragebogen bezieht sich auf das gesamte Programm der Konferenz. Unter den Fragen befindet sich namentlich die nach dem Verhältnis der jeder der fünf Mächte zuzuwendenden Tonnage, der Höhe der Gesamttonnage und ihre Verteilung auf die Schiffskategorien. Durch dieses Verfahren würde das Problem der Einschränkung der Seerüstungen zu Beginn der kommenden Woche in seinem vollen Umfang auf die Tagesordnung der Konferenz gestellt sein.

**Die Zündholzanleihe gesichert.**

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) In der Frage des Zündholzmanipols war es zwischen den Regierungsparteien zu Differenzen gekommen. Die Gegner der Genossenschaftsbewegung wollten das für deren Zündholzfabriken bestehende Kontingent wesentlich herabsetzen; das wurde durch den energischen Widerstand der Sozialdemokratie verhindert. Es kam heute eine Einigung zustande, wonach es bei dem bisherigen Kontingent von jährlich 23.000 Kisten für die den freien Gewerkschaften angehörenden Konsumvereine und 3700 Kisten für die christlichen Genossenschaften bleibt. Der bisher als Höchstpreis festgesetzte Betrag von 30 Pfennig für ein Paket von zehn Zündhölzeln wurde in einen festen Preis umgewandelt, der weder unterboten noch überschritten werden darf. Der Regierung wurde die Ermächtigung zur Sicherung der Qualität der Zündwaren erteilt.

Es ist also erreicht worden, daß das Zündholzmanipol zeitgerecht verabschiedet wird und damit die Schwedenanleihe abgeschlossen werden kann.

**Alles vergeben!**

Klagenfurt, 25. Jänner. Nach dem „Kärntner Tagblatt“ ist zwischen den Gruppen des Heimatschutzes und Landbundes nach längeren Verhandlungen eine Einigung erfolgt, wonach Minister Schumy wieder Mitglied des Heimatschutzes wird und die Gründung der Bauernwehren in Kärnten unterbleibt.

Tagesneuigkeiten.

Wieder Revolte im Erziehungsheim.

Rothenburg (Oberlausitz), 25. Jänner. In einer in der Nähe von Rothenburg gelegenen Fürsorgeanstalt kam es heute früh zu einer Revolte unter den Jöglingen. In einem Gebäude der Anstalt wurde ein Jögling wegen Widersehtlichkeit gegen den Hausvater in den „Gefinnungsraum“ gebracht. Andere Jöglinge aus einem zweiten Gebäude drangen mit Gewalt mit eisernen Rohren und Stangen bewaffnet, von außen her in das Gebäude ein und befreiten den eingeschlossenen Jögling. Den Hausvater hielten sie fest. Der stellvertretende Vorsteher der Anstalt verfuhrte vergeblich, die Eindringlinge, die sich um den befreiten Jögling geschart hatten, zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen. Darauf rief er polizeiliche Hilfe herbei. Die bald darauf erschienenen Landjäger nahmen drei Rädelsführer fest und stellten die Ruhe wieder her.

Giftmörderin des Gatten und des Geliebten.

Budapest, 25. Jänner. (M.F.) Am 7. Feber beginnt vor dem Szolnoker Gerichtshof die Verhandlung der vierten Gruppe des seit Monaten dauernden Giftmörderprozesses. Diesmal steht nur eine einzige Angeklagte, die 41jährige Frau Marie Barga, vor Gericht, die angeklagt wird, zwei Personen, und zwar ihren Gatten und ihren Geliebten, vergiftet zu haben. Der erste Gatte der Frau Barga, Stephan Jozart, lehnte im dritten Kriegsjahre erblindet und mit einer schweren Magenkrankheit nach monatelanger Spitalspflege in sein Dorf zurück. Der blinde Soldat bereitete seiner Frau fast täglich Eifersuchtszenen, so daß sie sich entschloß, den Gatten mit Hilfe des von der Hebamme Fajekas erhaltenen Giftes zu töten. Nach dem Tode Jozarts lebte die Frau mit einem gewissen Michael Ambrus zusammen, und auch dieser starb bald darauf. In der nach Jahren obduzierten Leiche wurden größere Mengen Arsen gefunden, welches Gift von sämtlichen Angeklagten des Mordprozesses als Werkzeug benutzt wurde.

Schweres Straßenbahnunglück in Stettin.

Stettin, 25. Jänner. Der Anhänger eines vollbesetzten Straßenbahnzuges der Linie 6, der heute morgens die abschüssige Kochstraße in Richtung Hauptbahnhof hinunterfuhr, sprang in der Kurve aus den Schienen, fuhr auf der Straße zunächst in gerader Richtung weiter, stieß an den Kellerhaus eines gegenüberliegenden Hauses und fiel dann auf die Seite, wobei die Hausfront stark beschädigt wurde. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen sind bei dem Unfall drei Menschenleben zu beklagen, und zwar waren bei dem Unfall zwei Personen sofort tot, während ein drittes Opfer bald darauf im Krankenhaus verstarb. Außer den drei Todesopfern forderte das Unglück noch 24 Verletzte unter den Fahrgästen. Es handelt sich zum größten Teil um Frauen. Durch eine sofort vorgenommene Untersuchung wurde festgestellt, daß der Unfall durch einen Mangel irgend welcher Art nicht zurückzuführen ist.

Wie die nationalsozialistischen „Schlager“ aussehen. Das Tagblatt der deutschen Nationalsozialisten „Der Tag“ vom 23. d. M. bringt unter einem fetten, zweispaltigen Artikel: „Sozialdemokraten als Hausherren“ eine Meldung aus Braunau, in welcher dem dortigen Konsumverein eine 250prozentige Erhöhung des Mietzinses unterbreitet wird. Zu dieser Mitteilung, welche als durchsichtige Absicht vertritt, die Sozialdemokraten als Mieterfeinde hinzustellen, wird uns aus Braunau folgender Sachverhalt berichtet: Der Arbeiterkonsumverein Braunau besitzt ein zweistöckiges Wohnhaus, dessen Zinsentragnis keinesfalls dazu reicht, das für den Kauf ausgenommene Darlehen auch nur zu verzinsen, geschweige denn zu amortisieren. Auf Grund dieser Tatsache beschäftigten sich Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft, die ja das Interesse von tausenden Mitgliedern zu wahren und dafür zu sorgen haben, daß das Geld der Mitglieder nicht verlusttragend und unsicher angelegt wird, mit dem Verkauf des Objektes, für das sich mehrere Interessenten gefunden hatten. Die Mietparteien erklärten freiwillingig, lieber einer dem Bedürfnis der Genossenschaft entsprechenden Erhöhung des Mietzinses in der Richtung hin, daß sich das Objekt rentabel gestaltet, d. h. verzinst und amortisiert, zuzustimmen, als den Vermieter zu wechseln. Auf Grund dieser Erklärung wurde durch den Vorstand un. Aufsichtsrat in Einvernehmen mit den Mietparteien der Zins, welcher noch nicht einmal eine dem Mietzins entsprechende Erhöhung erfahren hatte, den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt. Keinesfalls aber erhöhte die Miete eine 250prozentige und noch höhere Steigerung, wie sie der „Tag“ seinen Lesern zu offenbaren versucht. Bei der leidlichen Situation in der sich diese Partei, welche ein bißchen „Arbeiter“ und ein bißchen Bürgerpartei sein möchte, befindet, ist ihnen kein Mittel zu schlecht, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt den Sozialdemokraten etwas anzukreiden, da die politische Rolle dieser Partei eine

Das erste internationale Treffen der Arbeiter-Winter-Touristen

findet am Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. Feber 1930 im Gebiete „Müdenberg“, Standort „Morbachhütte“ statt.

Programm:

- Samstag, den 8. Feber: Eintreffen der auswärtigen Winter-Touristen. Begrüßungsabend. Anschließend gefelliges Beisammensein.
Sonntag, den 9. Feber: 9 bis 12 Uhr vorm.: Sportliche Veranstaltungen; 1. Propagandalaufe, 2. Ruchsjagd.
12 bis 1 Uhr: Mittagspause.
Halb 2 Uhr: Rundgebung — Manifestation.
2 Uhr: Tagung des Hauptauschusses.
Halb 3 Uhr: Langstreckenlauf, Bierweg—V. Jinnwald—Boitsdorf—Gelande bis Müdenberg. — Müdenberg bis Röllendorf.

Die Durchführung und Leitung der sportlichen Veranstaltungen hat Wandergenosse Franz Dietel vom Gau „Nordwestböhmen“ übernommen. — Bei ungünstigen Schneeverhältnissen wird die gleiche Veranstaltung auf den 15. und 16. Feber 1930 verschoben. — Nähere Auskünfte erteilen die Ortsgruppen.

Verband für Arbeiter-Winter-Tourist, Sitz Prag.

I. B. „Die Naturfreunde“, Sitz Auffig a. d. E.

sachliche Argumentation mit uns ausschließt. Allenfalls hätte der „Tag“ besser getan, sich von den p. i. Salenkrenzern in Braunau mitteilen zu lassen, wie sie in der Gemeinde, wo sie die Verwaltung führen, die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten. Das hätte allerdings keinen Erfolg für sie gehabt, weil dort eine Politik getrieben wird, welche sich in der Richtung des nationalsozialistischen „Programms“ (daß Gott erbarm) „Jedem das Seine“ bewegt und sogar den Radfahrern eine jährliche Steuer aufzuerlegen wollte, um den Polizeistand zu vermehren. So fällt der „Schlager“ des „Tag“ zusammen und nichts bleibt übrig, als Arm-seligkeit und Lächerlichkeit des „nationalen Sozialismus“ und seiner dünn gefärbten Verfälscher.

Mißglücktes Attentat auf einen Schnellzug. Auf der Eisenbahnstrecke Bukarest—Gala wurde ein Attentatsversuch auf einen Schnellzug unternommen, der jedoch mißglückte. Das auf die Strecke gelegte Dynamit explodierte vor dem Passieren des Schnellzuges. Die Strecke wurde nur wenig beschädigt, so daß der normale Verkehr bereits nach zwei Stunden wieder aufgenommen werden konnte. Auch den Tätern wird gefahndet.

Der grade Michel auf krummen Wegen. Es gibt zwei Arten hierzulande. Die einen — und das sind entschieden die besseren — sind jüdischen Ursprungs, bloß Namen und Dialekt werden zweckentsprechend geändert. Bei den anderen, die heimischer Produktion sind, wird das, was ihnen an Geist abgeht, durch Verbeiß zu ersetzen versucht. Es bleibe heute unerörtert, unter welche der beiden Kategorien der in der Salenkrenz-Bresse entwickelte, unfreiwillige Humor fällt. Zur Faschingszeit überkommt viele, sonst ganz ernste Menschen eine gewisse Fröhlichkeit und Ausgelassenheit, die mitunter auch ausarten kann. Man kann sich aber auch trotz Wahrung gewisser Grenzen sehr gut unterhalten. Wenn man aber schon während des ganzen Jahres um des Erwerbtes willen humoristisch sein muß, ohne dazu Veranlagung oder Begabung zu besitzen, dann muß die zur Faschingszeit geforderte Steigerung der sonstigen Leistung nur ein recht klägliches Resultat zeitigen. In Reichenberg erscheint eine humoristisch-feinwollende Zeitschrift „Der grade Michel“, deren anspruchslosem Publikum meist die Erzeugnisse der inländischen Witzeproduzenten vorgelesen werden, da andere zu hohe Anforderungen an den Geist der Leser stellen. Das kann uns im Grunde gleichgültig bleiben. Aber der „grade Michel“ hat eine Faschingsnummer gebracht, die den Titel „Aukud“ führt, die Verfallsstellen haben Plakate ausgehängt, welche besagen, daß die Faschingszeit „Aukud“ leben erschienen sei. Damit ist natürlich bewedt, Käufer unierer proletarischen Bildzeitung „Der Aukud“ anzulocken, welche sonst für den „graden Michel“ keinen Heller übrig hätten. Eine äußerst vornehme Art der Respekt! Wir überlassen es unseren Lesern, sich hierüber ein Urteil zu bilden. Ueber den Inhalt dieser Faschingsnummer zu berichten, scheinen wir uns. Es sei jedoch hiermit festzustellen, daß unsere illustrierte Zeitschrift „Der Aukud“ mit der unter dem Titel „Aukud“ erschienenen Faschingsnummer des „graden Michel“ nichts zu tun hat. Unsere Leser und Kolporteurs mögen dies beachten.

Fritz Vartk.

General Robile hat Freitag in der Anthropologischen Gesellschaft in Stockholm einen Vortrag über die Expedition des Luftschiffes „Italia“ gehalten. Einleitend erklärte Robile, es sei dies das erste Mal, daß er der Öffentlichkeit einen Bericht über diese Expedition erstatte. Er beschränkte ausführlich die Katastrophe des Luftschiffes, deren Ursache unbekannt sei. Der Vortragende betonte auch, der Meteorologe Malmgren habe seine Zustimmung zum Abflug erteilt, da die meteorologischen Bedingungen günstig gewesen seien. Sie haben sich aber im Verlauf der Fahrt plötzlich verschlechtert. Die beiden bolivianischen Fliegerhauptleute sind gestern Vormittag um 11 Uhr 5 Min. von Rio in Begleitung des Obergenerieurs der Dessauer Junkerswerke zum Weiterflug nach Paris gestartet. Der von den beiden Offizieren beabsichtigte Südamerikafahrt soll Mitte Februar in Berlin beginnen und in folgenden Etappen zurückgelegt werden: Sevilla, Dakar (Afrika), über den Ozean nach Natal, Rio de Janeiro, La Paz. Der Dessauer Begleit-ingenieur wird die beiden Flieger in Paris verlassen.

Die Düsseldorf Mordverfolgung. Kriminalrat Romberg, der Leiter der Untersuchung der Düsseldorf Mordfälle, teilt mit, daß man in der Verfolgung des Düsseldorf Morders nunmehr einer Anzahl von Spuren nachgehe, auf die die Polizei sehr viel Hoffnung setze. Es läge kein Grund zur Annahme vor, daß man bald auf den sogenannten „toten Punkt“ stoßen würde. Für die nächsten Tage stehen wichtige Vernehmungen bevor, von deren Ergebnis viel abhängen kann.

Dank an Argentinien. Die Havas aus Buenos Aires berichtet, hat der deutsche Gesandte der argentinischen Regierung für die Hilfe der argentinischen Flotte bei der Errettung der Schiffbrüchigen der „Monte Cervantes“ den Dank ausgesprochen.

Ein Millionen-Schwindler. „Petit Parisien“ veröffentlicht die unglückliche Geschichte eines russischen Betrügers, des 63jährigen Emigranten Ter-Akopow, der sich unter der Vor-spiegelung, er sei einer der Haupterben eines Riesenvermögens im Werte von mehr als 100 Millionen Franken, von gutgläubigen Personen bedeutende Geldbeträge ansieh, die er, wie er erzählte, dazu brauche, um durch Bestechung einen Verwandten aus dem Zowjefängnis zu befreien, damit das Erbe unter beide aufgeteilt werden könne. Ter-Akopow täuschte eine große Zahl von Personen, unter ihnen auch einige Bankiers, die ihm große Geldsummen liehen. Der betrügerisch herausgelockte Betrag beträgt einige Millionen Franken. Unter den Betrogenen befindet sich auch die Witwe nach dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Koubier, die dem Betrüger drei Millionen Franken borgte. Ter-Akopow wurde verhaftet, mußte aber, da er krank ist, in Spitalspflege übergeben werden.

Ermordeter Diamantenhändler im Blechloffer. Der reiche Diamantenhändler Rimhand Changanal in Bombay verließ kürzlich mit einem Paket wertvoller Diamanten sein Haus, ohne es jemals wieder zu betreten. Nunmehr fand man seine Leiche, von vier Schüssen durchbohrt, in einem Blechloffer, der in der Fundstelle für verlorenes Gepäck in einer 450 Kilometer von Bombay entfernten Station abgegeben worden ist. Ein Mohammedaner wurde des Mordes verdächtig verhaftet, da man in seinem Besitz eine Schusswaffe fand, aus der möglicherweise die tödlichen Schüsse abgegeben worden sind.

Verhafteter Heldebaum. Aus Paris wird berichtet: In dem seltsamen Prozeß gegen den Kapitän Nicolas, der während des furchtbaren Sturmes am 11. Januar mehrere in Szenot geratene Schiffe unter eigener Lebensgefahr rettete, und der dafür von der Hafenbehörde einen Prozeß gemacht bekam, wurde am Donnerstag ein noch viel seltsameres Ur-

teil gefällt. Der Kapitän erhielt 500 Franken Geldstrafe. Dem Schlepper „Aroife“, den Kapitän Nicolas befehligte, waren im Laufe der Rettungsaktion gleichzeitig sämtliche Tauen gerissen, so daß er in Gefahr den Dafen von Brest anließ, um neue Tauen an Bord zu nehmen und das Rettungsnetz fortsetzen zu können. Selbstverständlich glaubte der Kapitän, da jede Minute neue Opfer an Menschenleben forderte, sich über die schwerfälligen und zeitraubenden Formalitäten beim Verlassen des Hafens hinwegsetzen zu können. Der Amtschimmel dachte jedoch anders und die Behörden zitierten Nicolas vor den Rabi. Die Pariser Hafenbehörde stellte sich gleichzeitig auf die Seite des Amtschimmels und verurteilte den heldenhaften Kapitän lächerlicherweise zu 500 Franken Geldbuße.

Masterte Ränder im Ballsaal. Zwei mit Revolvern bewaffnete Räuber in schwarzen Mänteln drangen in San Francisco in einen Palast im Millionärviertel ein, als dort ein Gesellschaftsabend stattfand. Während der eine mit geladenen Revolvern die Gesellschaft im Schach hielt, nahm der zweite allen Damen der Gesellschaft sämtliche Pretiosen und den Männern ihre Wertpapiere und ihr Geld ab. Unter den Geladenen befanden sich elf sehr bekannte Persönlichkeiten San Franciscos. Darauf fesselten die Räuber die ganze Gesellschaft, steckten ihnen die Servietten als Ankel in den Mund und verschwand. Den Räubern fielen einige tausend Dollars und viele wertvolle Juwelen in die Hände.

Staatshilfe bei Elementarlastatropfen. Fristverlängerung. Das Landwirtschaftsministerium hat die Frist für die Einreichung von Gesuchen von Land- und Forstwirten um einen Zinsenzuschuß, beziehungsweise um die Uebernahme der Staatsgarantie nach den §§ 1 und 2 der Verfügung des Ständigen Ausschusses vom 11. Oktober 1929 über die Staatshilfe bei Unwetterlastatropfen bis Ende Feber 1930 verlängert.

Selbstmord eines Gattenmörders. Aus Neuhäuser wird gemeldet. Der Mann der ermordeten Katharina Neuwirth aus Schönbörn, der Selbstmord verüben wollte, als sich gewichtige Indizien gegen ihn gezeigt hatten, daß er der Mörder seiner Frau sei, unternahm im Neuhäuser Krankenhaus zwei neue Selbstmordversuche. Beim ersten wurde er daran gebindert, beim zweiten Mal erhängte er sich am Aloi. Er wurde von einem Aufsichtsorgan abgesehen, starb jedoch zwei Stunden später. Den Mord hat er nicht eingestanden; alle Umstände weisen jedoch darauf hin, daß er der Mörder seiner Frau war.

Von einem Leitungsmaße erschlagen. Aus Brüg wird gemeldet: Bei der in der Nähe von Schwaz gelegenen Hohlengasse „Farnila“ die im Vorjahre aufgelassen wurde und deren Tür, deranlagend jetzt abgetragen werden, waren mehrere Monteur aus Brüg damit beschäftigt, die Kupferdraht-Verbindungen abzumachen. Als der Monteur Spelat einen der Leitungsmaße erlöscherte, stürzte dieser um und begab Spelat unter sich. Spelat wurde so schwer am Kopfe verletzt, daß er nach wenigen Minuten verschied.

Demonstrationen gegen einen Tonfilm. Bei der freitägigen Erstaufführung des Tonfilms „In einer kleinen Konditorei“ kam es im Phöbus-Palast in München zu schweren Unruhen. Es erhoben immer wieder die Rufe „Stuhl! Stuhl!“ „Schließlich wurde das Ueberfallkommando alarmiert und eine Hundertschaft Schutze in das Theater entsandt. Im Zuschauerraum kam es zu Kaufereien, wobei einzelne Demonstranten mit Gewalt entfernt werden mußten. Der Film konnte dann zu Ende gespielt werden.

Malaria-Epidemie. Auf der ostindischen Insel Madocra erlagen einer plötzlich ausgebrochenen Malariaepidemie in den letzten Tagen 251 Personen. Die Bezirksregierung hat große Mengen Chinin unter der Bevölkerung verteilen lassen.

Vom Rundfunk. Empfehlenswertes aus den Programmen.

- Montag.
Prog. 47, 11.15: Schallplatten. 12.45: Konzert. 13.55:
Wochen. 14.30: Die Freyherrn. 17.15: Deutsche Sendung,
Pfeifenklänge. Weiter Vortrag in der Kaufmännischen
Schule. 18.30: Die Freyherrn. 19.15: Konzert. 20.30:
Wochen. 21.30: Die Freyherrn. 22.15: Schallplatten.
23.15: Die Freyherrn.
Dienstag.
Prog. 47, 11.15: Schallplatten. 12.45: Konzert. 13.55:
Wochen. 14.30: Die Freyherrn. 17.15: Deutsche Sendung,
Pfeifenklänge. Weiter Vortrag in der Kaufmännischen
Schule. 18.30: Die Freyherrn. 19.15: Konzert. 20.30:
Wochen. 21.30: Die Freyherrn. 22.15: Schallplatten.
23.15: Die Freyherrn.

- Dienstag.
Prog. 47, 11.15: Schallplatten. 12.45: Konzert. 13.55:
Wochen. 14.30: Die Freyherrn. 17.15: Deutsche Sendung,
Pfeifenklänge. Weiter Vortrag in der Kaufmännischen
Schule. 18.30: Die Freyherrn. 19.15: Konzert. 20.30:
Wochen. 21.30: Die Freyherrn. 22.15: Schallplatten.
23.15: Die Freyherrn.

**Krocodile fressen dreizehn Menschen.** Bei einem Fährschiffunglück auf dem Victoria-See, dem größten afrikanischen Binnensee, ertranken dreizehn Passagiere. Es ist zu befürchten, daß sie von den dort herumschwärmenden Krokodilen aufgefressen worden sind.

**Granaten-Explosion im Schulzimmer.** Aus New York wird gemeldet: In Popowo waren Schüler einer Volksschule den Räuder einer Handgranate in den Ofen eines Klassenzimmers und warteten neugierig auf den Effekt. Wählich explodierte der Ofen, zertrümmerte den Ofen und verletzte zahlreiche Kinder schwer.

**Muttermord.** Am Freitag vormittags feierte der 18jährige Baderlehrling Henry Moder in Berlin aus einem Revolver fünf Schüsse auf seine Mutter ab. Die Frau wurde lebensgefährlich verletzt. Frau Moder besitz in der Spenerstraße ein kleines Friseurgeschäft und wurde von ihrem Sohn förmlich mit der Forderung, Geld herauszugeben, überfallen. Er erzählte, daß er mit einem Motorrad von Dresden, wo er in der Lehre war, und sich tüchtig amüsiert hätte, nach Berlin gekommen und nun völlig ohne Geld sei. Es stellte sich später heraus, daß er das Motorrad seinem Onkel gestohlen hatte und auch ohne Urlaub ausgerückt war. Als der Bursche später zum zweiten Male den Laden betrat und in drohender Form die Herausgabe von Geld verlangte, ohne daß seine Mutter dem sofort entsprach, zog er eine Pistole aus der Tasche, bedrohte die alte Frau, die in ihrer Angst zum Telefon lief und schlenderte sie zu Boden. Dann schütete der Sohn. Als er merkte, daß er verfolgt wurde, stürzte er sich noch einmal mit erhobener Pistole auf seine Mutter und gab, bevor er durch Passanten gehindert werden konnte, fünf Schüsse hintereinander auf sie ab. Frau Moder brach blutüberströmt zusammen. Der Sohn konnte von Beamten des Ueberfallkommandos festgenommen werden und ist in das Polizeipräsidium eingeliefert worden.

**Mörder seiner Familie?**

In der Nähe von Gent liegt ein Dorf namens Scheiderode. Im Dezember erkrankte dort nach dem Abendessen eine ganze Gutsbesitzerfamilie namens Bradenier — die betagten Eltern und sechs erwachsene Kinder — unter schweren Vergiftungserscheinungen. Nur der älteste Sohn blieb verschont, da er abwesend war. Während sich die übrigen Familienmitglieder rasch nach Einschlüpfung eines Gegenmittels erholten, starb der alte Gutsbesitzer. Die Leichenschau ergab einwandfrei, daß eine Arsenik-Vergiftung vorlag.

Wer war der Täter? Nach der Annahme des Untersuchungsrichters konnte nur eine im Hause wohnende Person in Frage kommen. Eine genaue Durchsuchung des Gutshofes wurde angeordnet, und schließlich beschlagnahmte man sämtliche Kleidungsstücke. In der Westentasche eines Anzuges fanden die Sachverständigen ein winzig kleines Staubförmchen, das sich als ein Arsenik-Bestandteil erwies. Die Weste gehörte dem ältesten Sohn, Julian Bradenier, der sofort in Haft genommen wurde. Er leugnete energisch und gab an, daß er an dem fraglichen Tage, als die Vergiftungserscheinungen ausbrachen und er nicht zu Hause war, eine wichtige Besorgung habe machen müssen. Die Tatsache, daß Arsenik in der Westentasche gefunden sei, bedeute seinen Schuldbeweis, denn er, Julian, habe diese Weste von einem kürzlich verstorbenen Onkel geerbt.

Die Polizei legte diesen an sich richtigen Angaben jedoch keine Bedeutung bei und setzte ihre Nachforschungen fort. War es nicht eigenartig, daß der Onkel Julians und dessen Frau, beides noch sehr rüstige Leute, im vergangenen Jahre plötzlich wie man sagte, „am Herzschlage“ gestorben waren? Hatte Julian nicht ihre Landwirtschaft geführt, damals bei ihnen gewohnt und sie später beerbt? Die belgischen Behörden fanden dieses Zusammentreffen höchst sonderbar und ordneten die Ausgrabung der beiden Leichen an. Die schließlichen Erwartungen sollten bestätigt werden. Der ärztliche Befund ergab, daß auch der Onkel und die Tante des Julian Bradenier dem Arsenik zum Opfer gefallen waren.

Der Verhaftete leugnet auch diese Tat. Er verteidigt sich im Gefängnis mit großer Geschicklichkeit. Es wird der Anklagebehörde deshalb schwer fallen, ihn zu überführen, wenn nicht noch im Laufe der Untersuchung neues Material zu Tage gefördert wird. Der Untersuchungsrichter hat inzwischen einen vorläufigen Haftbefehl gegen Julian Bradenier erlassen. Seine Aburteilung soll in einigen Monaten erfolgen.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Abflauen der Konjunktur.**

**Feststellung der Nationalbank.**

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 21. d. M. seine ordentliche Monats Sitzung unter Vorsitz des Vizegouverneurs Prof. Jug. Brdlik ab. Im Geschäftsberichte für die Zeit vom 16. Dezember 1929 bis 15. Jänner 1930 wurde konstatiert, daß nach dem Jahresultimo der Geldmarkt eine wesentliche Erleichterung aufweist, einerseits im Zusammenhange mit der internationalen Entwicklung der kurzfristigen Geldsätze, andererseits auch infolge des im Vergleich zum Vorjahre schwächeren Geldbedarfes der Industrie und schließlich infolge der teilweise Realisierung des Ernteertrages, wenn auch zu unbefriedigenden Preisen. Am Kapitalmarkt machte sich die Erleichterung bisher nicht im größeren Ausmaße geltend. An der Effekten-

**WORUM SICH'S DREHT!**

**WEISSE WOCHEN**

**IM Schiller**

**MODENHAUS PRAG I, NA PŘÍKOPÉ 7-11**

**VOM 22. JANUAR BIS 10. FEBRUAR**

<b>Bettwäsche</b>	<b>Damenwäsche</b>	<b>Tischwäsche</b>
1 kompl. Bett <sup>maschinestickt v. Kē</sup> <b>135<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>	Taghemden gestickt . . von Kē <b>9<sup>.50</sup></b> <small>aufwärts</small>	Bridge <sup>Tisch</sup> tücher . . . . von Kē <b>9<sup>.50</sup></b> <small>aufwärts</small>
1 kompl. Bett <sup>handgestickt v. Kē</sup> <b>168<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>	Nachthemden, reiche Auswahl von Kē <b>30<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>	Weiß <sup>Tisch</sup> tücher für 6 Personen . . von Kē <b>24<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>
Damast <sup>abgepaßt für 2 Betten . . . Kē</sup> <b>198<sup>.-</sup></b>	Combinations <sup>weiß, färbig von Kē</sup> <b>16<sup>.50</sup></b> <small>aufwärts</small>	Spelke- u. Café <sup>Garnituren von Kē</sup> <b>52<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>
Einzelne <sup>große und kleine Polster besonders billig!</sup>	Einzelne <sup>Kollektion- und Prunkstücke besonders billig!</sup>	Einzelne <sup>Tischtücher und Servietten besonders billig!</sup>
<b>Weißware</b>	<b>Badewäsche</b>	<b>Taschentücher</b>
Harlem <sup>vorzögl. Chiffon 10 m-Stück . . . Kē</sup> <b>35<sup>.-</sup></b>	Frottier <sup>stoffe 140 cm breit, 1 m . . . . von Kē</sup> <b>26<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>	Damen <sup>taschentücher per Dutzend . . . von Kē</sup> <b>21<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>
Makobatist <sup>f. feine Damenwäsche p. m Kē</sup> <b>7<sup>.70</sup></b>	Frotte <sup>handtücher per Stück von Kē</sup> <b>6<sup>.80</sup></b> <small>aufwärts</small>	Herren <sup>taschentücher per Dutzend . . . von Kē</sup> <b>29<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>
Bettuch <sup>kompl. Breite, dauerhafte Qualität . . Kē</sup> <b>10<sup>.60</sup></b>	Bade <sup>mäntel f. Damen u. Herren von Kē</sup> <b>80<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>	40.000 <sup>Schweizer gest. Tücher von Kē</sup> <b>2<sup>.50</sup></b> <small>aufwärts</small>
<b>Wischtücher</b> <sup>per Dtz. v. Kē</sup> <b>30<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>	<b>6 Geschirrtücher</b>	<b>Sportbluse</b> <sup>aus weißem Schnürlbatist</sup> <b>15<sup>.90</sup></b>
<b>Handtücher</b> <sup>Leinen per Dtz von Kē</sup> <b>69<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>	<b>3 Handtücher</b>	<b>Pyjamas</b> <sup>von Kē</sup> <b>80<sup>.-</sup></b> <small>aufwärts</small>
<b>Milleux und Deckchen</b> <sup>in allen Größen von</sup> <b>95 Heller</b> <sup>per Stück aufw.</sup>	<b>1 Damasttisch-tuch für 6 Personen</b>	<b>Schürzen</b> <sup>weiß und färbig</sup> <b>8<sup>.90</sup></b> <small>aufwärts</small>
	<b>1 färb Tisch-tuch</b>	
	<b>1 Schürze</b>	
	<b>1 Damenhemd</b>	
	<b>3 Herren- oder Damen-taschentücher</b>	
	<b>1 Frottierhand-tuch</b>	
	<b>2 Spitzendeckchen</b>	
	<b>2 Spitzen-Taschentücher</b>	

**Alles um 100.- Kronen.**

**Täglich 4-6 Büfett-Konzert!**

börse schlug die bisherige schwache Tendenz zeitweise um. Von dem Umschwunge profitierte vor allem der Anlagemarkt, in erster Linie die Staatsanleiheverschreibungen. Die Umsätze auf dem Anlagemarkte erfuhr eine Belebung. Die Bewegungen auf dem Aktienmarkte haben keinen einheitlichen Charakter. Der Index der konjunktursensiblen Preise ist im weiteren Rückgang begriffen und erreichte am 9. Jänner 1930 ein neues Minimum. Die Indices der Großhandelspreise weisen zum 1. Jänner 1930 einen weiteren starken Rückgang auf. Der Außenhandel schließt für Dezember 1929 mit einem bedeutenden Aktium, die Umsätze sind jedoch niedriger als im Dezember 1928. Einer verminderten Rohstoffeinfuhr steht eine Fertigtwarenausfuhr in gleicher Höhe wie im Vorjahre gegenüber. Der Umfang des Außenhandels für das ganze Jahr 1929 ist unwesentlich geringer als für das Jahr 1928 (um 0,88 Prozent) bei einer um 3,6 Prozent gesteigerten Einfuhr und einer um 3,8 Prozent geringeren Ausfuhr, so daß das Aktivum 2016 Millionen Kronen im Jahre 1928 auf 497 Millionen Kronen im Jahre 1929 zurückging. Am Arbeitsmarkte kommen weitere Anzeichen abflauender Beschäftigung zum Vorschein; einerseits Abnahme der Ueberzeitarbeit gegenüber dem Vorjahre, andererseits Zunahme der Anzahl der Arbeitslosen über den regelmäßigen Saisonanstieg der Arbeitslosigkeit, außerdem Einschränkung der Arbeitszeit. Die Beschäftigung der Industrie entwickelt sich ungleichmäßig mit absteigender Grundtendenz, von der die Mehrzahl der Branchen auch aus Saisongründen betroffen wurde. Der milde Winter brachte dieses Jahr eine erhöhte Arbeitslosigkeit in jenen Branchen mit sich, welche in dieser Jahresperiode sich sonst zu beleben pflegen. Die Zahl der Insolvenzen stieg weiter und die Inzassoschwierigkeiten erfuhren keine Erleichterung. Die Divisensposition der Nationalbank bleibt günstig. Der Bankrat nahm die Bilanz für das Jahr 1929 zur Kenntnis, welche günstige Ergebnisse aufweist, und setzte das Programm der Generalversammlung fest; weiters genehmigte er die Anträge auf die Verwendung des Reingewinnes, wonach nach ergiebiger Dotierung der Reserven eine Dividende von 290 K für die Aktie zur Ausschüttung gelangen soll. Außerdem wurde beschlossen, für den Generalversammlung eine Ermächtigung für den Bankrat vorzuschlagen, wonach im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung die Erhöhung des Aktienkapitals bis zur Höhe von 506,250.000 Kronen durchgeführt werden kann.

